

## **Ein Entwurf für eine Grüne Grundsicherung von Thomas Poreski und Manuel Emmler**

Seit den Achtziger Jahren hat bei den Grünen das Thema Grundeinkommen/Grundsicherung viele „Blüten“ erlebt. Nicht zuletzt aus der Unzufriedenheit über Hartz IV, über das komplizierte und oft widersinnige Einkommenssteuersystem und über den für viele Menschen prekären ökonomischen Strukturwandel ist dieses Thema wieder auf die Tagesordnung gelangt. Für die Debatte innerhalb der Partei haben wir einen Grundsicherungs-Entwurf verfasst, der sich im Wesentlichen an den Kriterien des Netzwerk Grundeinkommens orientiert. Die Grüne Grundsicherung und das Steuersystem wird auf individueller Basis gewährt, ohne Arbeitszwang, ist weitgehend Existenz sichernd und ohne Bedürftigkeitsprüfung. Dennoch ist der Entwurf bewusst nicht als Endpunkt einer möglichen Wunschvorstellung formuliert, sondern an der Umsetzbarkeit in der Gegenwart orientiert und als integriertes Steuer- und Transferkonzept solide gegenfinanziert.

Die **Geldleistungen** der Grünen Grundsicherung ersetzen die meisten bisherigen materiellen Transfers und Vergünstigungen. Private Steuererklärungen erübrigen sich.

Eckpunkte:

- a) Alle BürgerInnen erhalten eine monatliche Grundsicherung - ohne Bedürftigkeitsprüfung
  - Grundsicherung für Kinder (400 Euro)
  - Grundsicherung für Erwerbsfähige (500 Euro)
  - Grundsicherung für Rentner/innen (500 / 700 Euro)
  
- b) Ergänzende Module, bedürftigkeitsgeprüft:
  - Wohngeld
  - Mindestunterhalt bei Alleinerziehenden
  - Grundsicherung in besonderen Lebenslagen wie Behinderungen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten.

Zusätzliche Einkommen zum Beispiel aus Erwerbsarbeit werden mit einem einheitlichen Steuersatz belegt. In der Summe ergibt sich so eine starke Umverteilung von oben nach unten.

Das Konzept sieht eine **Steuerfinanzierung von Gesundheit und Rente** vor:

- Medizinische Grundversorgung auf GKV-Niveau für alle, finanziert aus Steuermitteln.
- Rente: Erworbene Ansprüche bleiben (auf dem erworbenen Niveau). Rentner/innen erhalten die Grundsicherung. Die Rentenzahlungen werden aber wie normale Einkommen besteuert.

Der Entwurf hat, weil konkret und fassbar, die Grundsicherungsdebatte bei Bündnis 90/Die Grünen außerordentlich beflügelt - in zahlreichen Landes- und Kreisverbänden, in der Bundestagsfraktion und der Parteispitze. Aus der grünen Bundestagsfraktion sind zwei eher ablehnende Papiere erschienen ([Papier 1](#)/ [Papier 2](#)). Fritz Kuhn und Thea Dücker (stellv. Fraktionsvorsitzende) haben sich in einem Interview gegen eine bedingungslose Grundsicherung ausgesprochen.

Die inzwischen zahlreichen Gegenpapiere, die positiven Äußerungen aus einer Vielzahl von Landesverbänden, der Grünen Jugend und den Bundesarbeitsgemeinschaften verdeutlichen, dass die Debatte nicht nur „nachhaltig“ in Gang gekommen ist, sondern vorwiegend auch erfreulich konstruktiv geführt wird.

Unser Vorschlag für die Grüne Grundsicherung sowie eine Kurzversion davon sind auf folgender Internetseite abrufbar: [www.grundsicherung.org](http://www.grundsicherung.org)